

Gemeinsame Erklärung der Niedersächsischen Landesregierung und der Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Niedersachsen

Bürgerschaftliches Engagement sichert den Zusammenhalt in der Gesellschaft

Bürgerschaftliches Engagement ist ein wichtiger Baustein für den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft. Es ist Ausdruck für gelebte Solidarität und die Übernahme von Verantwortung durch die Bürgerinnen und Bürger. Die kommunale Selbstverwaltung ist ohne bürgerschaftliches Engagement nicht vorstellbar. Da viele Probleme aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger vor Ort anfallen und auch dort gelöst werden müssen, sind die Kommunen in besonderer Weise auf Zustimmung und Kooperation angewiesen.

Die Landesregierung und die kommunalen Spitzenverbände erklären hiermit ihre Bereitschaft, bürgerschaftliches Engagement verstärkt fördern zu wollen, um die Bindungskräfte unserer Gesellschaft zu stärken und so einen Beitrag zur Bewahrung bzw. Bildung von „sozialem Kapital“ zu leisten.

Bürgerschaftliches Engagement benötigt „ermöglichende“ Rahmenbedingungen

Freiwilliges und gemeinwohlorientiertes Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist in Niedersachsen nichts Neues. Laut einer Untersuchung des Instituts für Entwicklungsplanung und Strukturforchung in Hannover betätigen sich Millionen Menschen ehrenamtlich in Niedersachsen. Weiterhin hat eine große Zahl von Bürgerinnen und Bürger ihr Interesse an einer erneuten ehrenamtlichen Tätigkeit oder den erstmaligen Einstieg bekundet. Die Untersuchung belegt, dass sich noch nie so viele Bürgerinnen und Bürger in ihrer Freizeit bürgerschaftlich betätigt haben wie heute.

Der gesellschaftliche Wandel hat aber auch Auswirkungen auf die Beteiligungsformen, die dazu führen, dass traditionelle Organisationen wie Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Gewerkschaften, Vereine, politische Parteien Schwierigkeiten bei der Gewinnung von freiwillig Tätigen haben. Die Menschen orientieren sich heute anders als früher. Die aktiven Bürgerinnen und Bürger wollen sich für Ziele und Vorhaben engagieren, von denen sie persönlich überzeugt sind und deren Umsetzung auch mit Spaß oder Erfolgserlebnissen verbunden ist. Sie haben konkrete Vorstellungen über einen klar umrissenen Zeitrahmen. Die Initiativen erfolgen zunehmend spontan, die lebenslange Bindung an Trägerorganisationen auf Grund von Tradition und Herkunft hat dagegen abgenommen.

Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement in Niedersachsen zu verbessern bedeutet, neben den traditionellen Formen des Freiwilligenengagements in Sport, Feuerwehr und Wohlfahrtspflege auch den neuen Formen Rechnung zu tragen. Eine solche Strategie kann nur im Dialog mit den Aktiven weiter verbessert werden. Die Landesregierung hat mit ihrer Offensive „Bürgerschaftliches Engagement für Niedersachsen“ die Initiative ergriffen. In einer Reihe von Kommunen sind gleichfalls konkrete Schritte zur Verbesserung der Rahmenbedingungen unternommen worden.

Die Landesregierung und die kommunalen Spitzenverbände sind sich darin einig, dass die wichtigen und positiven Einzelinitiativen der Einstieg in einen sich selbst tragenden landesweiten Prozess zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sein müssen.

Qualifizierung und Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements

Aus- und Weiterbildung wird von einem beachtlichen Teil der Freiwilligen gewünscht. Solche Maßnahmen sind auch wichtig für den Verständigungsprozess über realistische Ziele des Engagements und wie sie erreicht werden können.

Sowohl auf kommunaler als auch auf Landesebene existieren in Niedersachsen zahlreiche, regelmäßig wiederkehrende Formen der Würdigung freiwilligen Engagements. Von Seiten der Freiwilligen wird diese Anerkennungskultur grundsätzlich geschätzt. Eine Weiterentwicklung der Anerkennungskultur wird allerdings für sinnvoll erachtet. Die Verleihung von Orden und Medaillen sollte durch weitere adressatengerechte Anerkennungsformen und durch mehr Resonanz in der Öffentlichkeit bzw. den Medien ergänzt werden.

Gemeinsame Erklärung zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements

Die Landesregierung und die kommunalen Spitzenverbände werden sich dafür einsetzen, die Aus- und Weiterbildung der Freiwilligen zu unterstützen. Sie werden sich außerdem dafür einsetzen, dass das bürgerschaftliche Engagement einen höheren Stellenwert in der öffentlichen Wahrnehmung erhält.

Bürgerschaftliches Engagement braucht einen Rahmen und sollte vernetzt betrieben werden

Um die kommunale Ebene nicht nur zum Ereignisort von gemeinwohlorientiertem Engagement zu machen, sondern bürgerschaftliches Engagement zum Gestaltungsbestandteil von kommunaler Entwicklung werden zu lassen, braucht es strukturgebende verantwortliche Personen und Gremien. Der öffentlichen Verwaltung des Landes und in den Kommunen fällt hierbei eine wichtige Rolle zu, um das bürgerschaftliche Engagement durch ressortübergreifende und zielorientierte Arbeitsweisen zu ermöglichen und zu unterstützen. Die Unterstützung zur Entwicklung und Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements soll darauf ausgerichtet sein, die Eigeninitiative und Eigensteuerung der freiwillig handelnden Bürgerinnen und Bürger zu erreichen.

Auch die Politik muss ihre partnerschaftliche Rolle in diesem Prozess verstärkt wahrnehmen. Eine Kultur des Misstrauens zwischen Politik und aktiver Bürgerschaft darf nicht entstehen. Mehr Engagement und Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger bilden keinen Gegensatz zu den repräsentativ gewählten Mandatsträgern. Für eine gute Zukunft der Demokratie sind repräsentativ Gewählte und aktive gemeinwohlorientierte Bürger zwei Seiten einer Medaille.

Positive Erfahrungen in der Zusammenarbeit der vielfältigen Initiativen, Vereine, Verbände etc. sind das beste Argument für eine verstärkte Kooperation. Die Landesregierung und die kommunalen Spitzenverbände sehen darin eine wichtige Voraussetzung für eine zielorientierte Arbeit der freiwillig Tätigen und eine wirtschaftliche Verwendung von öffentlichen Mitteln, die für die Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement bereitgestellt werden.

Die Landesregierung und die kommunalen Spitzenverbände werden diesen Prozess durch Informationsvermittlung, Beratung und der Vermittlung von „Best-Practice-Beispielen“ unterstützen. Um die weitere Entwicklung und Vernetzung bürgerschaftlichen Engagements auszuwerten und zu fördern, werden sie gemeinsam den Erfahrungsaustausch zwischen der Landes- und kommunalen Ebene sowie Vertretern aus dem Bereich des bürgerschaftlichen Engagements fördern.

Förderung von Eigeninitiative und Eigensteuerung der Initiativen, Vereine, Selbsthilfegruppen im Zusammenhang mit den neuen Formen des bürgerschaftlichen Engagements

Die Landesregierung und die kommunalen Spitzenverbände sind daran interessiert, weitere Erfahrungen und Erkenntnisse hinsichtlich der neuen Formen des bürgerschaftlichen Engagements zu gewinnen.

Gemeinsam wollen wir in den Jahren 2002/2003 in ausgewählten Kommunen Modellprojekte durchführen lassen. Die Landesregierung wird hierfür Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 100.000 Euro bereitstellen. Im Rahmen des Projektes werden die betreffenden Kommunen um die Erstellung entsprechender Erfahrungsberichte gebeten. Die Ergebnisse sollen allen interessierten Kommunen zugänglich gemacht werden.

Niedersächsischer
Ministerpräsident

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen
Spitzenverbände Niedersachsen

(veröffentlicht November 2002)